



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

13.09.2008

"Privat vor Staat - mehr Mut in der Politik"

Sehr geehrte Damen und Herren,

"Seid gewiss, das Geheimnis des Glücks ist die Freiheit. Das Geheimnis der Freiheit ist der Mut."

Dieser Satz von Perikles, der auch in der Einladung zum heutigen Treffen zitiert wurde, spiegelt unsere feste Überzeugung als Liberale für Freiheit wider. Freiheit und Verantwortung sind die Grundprinzipien, auf denen liberale Politik basiert.

Der Begriff der Freiheit in der Philosophie, eine freie Geisteshaltung und Lebensform, eine freiheitliche Politik resultieren aus der Freiheitsidee, die zu Beginn der Neuzeit mit der Reformation entstanden ist, mit Martin Luthers "Freiheit eines Christenmenschen".

Sie ist somit um einiges älter als die 1948 gegründete FDP. Sie wurde aber vor allem von der Aufklärung und von Immanuel Kant geprägt. *"Aufklärung", so Kant, "ist die Befreiung des Menschen aus seiner selbstverschuldeten Unmündigkeit, ist der Mut des Menschen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Zu dieser Aufklärung ist nichts anderes erforderlich als Freiheit und zwar die unschädlichste unter allem, was nur Freiheit heißen mag, nämlich die, von seiner Vernunft in allen Stücken öffentlich Gebrauch zu machen."*



Frank Schäffler

Mitglied des Deutschen Bundestages

Meine Damen und Herren, zu Beginn des 21. Jahrhunderts kommt es mir aber so vor, als sei das Vertrauen der Politik in die Fähigkeit der Bürger, sich ihres eigenen Verstandes zu bedienen, geringer als nach 1948 und 1989. Hierzu genügt nur ein Blick in das nicht vorhandene Parteiprogramm der Linken. Heilsversprechungen von 154,7 Milliarden pro anno, Aufforderungen gemäß dem Motto "zurück in die Goldenen Sechziger der Abschottung, der staatlichen Monopole, der rationierten Konkurrenz" - Umverteilung soviel wie möglich. Das sind nicht die Antworten, die freiheitlich denkende Menschen geben!

Wir stellen die Fragen auch anders:

Die erste Frage, die wir uns stellen, ist: "Was kann ich tun? Was kann ich für mich tun? Was kann ich für andere tun?" Die Frage darf aber nicht lauten: "Was kann der Staat für mich tun?" Wir wollen den Weg "von Freiheit durch Verantwortung", denn dies bedeutet für den einzelnen Bürger die größtmögliche Freiheit und die Bereitschaft, für sich und andere Verantwortung zu übernehmen. Diese Kultur der Freiheit wollen wir stärken, für diese Kultur der Freiheit wollen wir kämpfen. Nur so begründet sich eine Bürgergesellschaft, die für Selbstorganisation und Eigenverantwortlichkeit steht.

Udo di Fabio, Richter am Bundesverfassungsgericht, hat in seiner bemerkenswerten Rede zur Verleihung des Freiheitspreises der Friedrich-Naumann-Stiftung 2007 von der Kultur der Freiheit gesprochen. Er sagte: *"Die Überzeugung, dass der moderne, freie Mensch allen anders lautenden Erfahrungen in einer hocharbeitsteiligen Gesellschaft zum Trotz notfalls für sich selbst würde sorgen können, ist eine fundamentale Prämisse für jede echte Freiheit: Sie verleiht Selbstbewusstsein.*

Der Staat, auch der maßvoll die Ergebnisse der Freiheit ausgleichende Staat, ist dabei wichtig, steht aber nicht am Anfang. Am Anfang steht das Urvertrauen in die eigene Kraft. Der Freie beugt und bindet sich aus Einsicht, aus Empathie und auch um seines Vorteils willen, aber gewiss nicht, weil er von Anfang an nur Rad im Getriebe wäre, nur Knecht übermächtiger Verhältnisse."



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deshalb, meine Damen und Herren, wenn wir Freiheit und Verantwortung nicht als Zumutung begreifen, sondern wenn wir die Kraft der Freiheit neu entdecken, werden wir zu den notwendigen Reformen fähig sein, werden wir die Marktwirtschaft erneuern, werden wir die Bürger- und Menschenrechte stärken, werden wir die Vielfalt und die Freiheit der Bildung ermöglichen, werden wir die Lebensformen unserer Familien stützen. Diesen Weg zu beschreiten erfordert Mut, Mut der an vielen Stellen der gegenwärtigen Umverteilungs- und Schuldenpolitik fehlt.

Stellen wir uns die Frage, wie viel Privatheit haben wir in persönlichen Lebensbereichen erhalten? Wie viel Privatheit haben wir in unserer Marktwirtschaft an das gefräßige Monster Staat abgegeben oder besser gesagt mutlos abnehmen lassen?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
wir leben in einem Land der Überregulierung - fast jeder erdenkliche Lebensbereich muss sich einem Gesetz beugen. Die ironische Lebensweisheit "Von der Wiege bis zur Bahre -Formulare, Formulare" trifft dies kaum noch. Immerhin wird jeder Säugling nun ab seiner Geburt mit einer Steuernummer versehen. So ein Wahnsinn!

Die erste Post, die ein Mensch vom Staat bekommt, ist die des Steuerstaates. Bei uns kamen gleich fünf Briefe an: für meine Tochter (18 Monate), meinen Sohn (4 Jahre) unser Au-pair (Sie geht nach einem Jahr wieder zurück in ihre Heimat, aber man kann ja nie wissen!) meine Frau und mich. Da legt man doch gleich fünf neue Ordner zu Hause an.

Wir leben in einem Land der Gleichmacherei - gleiches Einkommen für alle, Mindestlöhne, eine grundgesetzlich geschützte Gleichheit der Lebensverhältnisse



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

und vieles mehr. Für uns Liberale ist das ein Graus. Für uns sind Eigentums- und Vertragsfreiheit notwendige Bedingungen einer liberalen Gesellschaft.

Für einen Liberalen sind gesellschaftliche, persönliche und wirtschaftliche Freiheit unteilbar. Sie bedingen sich und fördern sich gegenseitig. Wir wollen die Achtung jedes individuellen Lebensentwurfes und wir wollen die Achtung des oft hart erwirtschafteten Eigentums jedes Einzelnen. Wir wollen nicht, dass nach dem Rasenmäherprinzip in die Eigentumsfreiheit der Menschen eingegriffen wird. Jeder hat das Recht in dieser Republik, mit seinem Eigentum zu tun und zu lassen, was er möchte.

Aufgabe des Staates kann es hierbei nicht sein, in Form einer Umverteilungsmaschinerie von der einen Tasche in die Tasche des anderen nach Gutdünken und Belieben mit Eigentum zu verfahren, das ihm nicht gehört - geschweige dabei selbst noch kräftig abzukassieren.

Wir leben in einem Land mit einem aufgeblähten Staatsapparat. Über die Hälfte des erwirtschafteten Wohlstandes dieser Republik wird kurzer Hand vom Staat abgeschöpft, umverteilt oder sogar missbraucht, was am Beispiel der IKB-Krise sehr deutlich wurde.

Da können staatliche Bankmanager Milliarden verbrennen und keiner fühlt sich verantwortlich oder wird haftbar gemacht. Steuerzahler werden belastet, Anleger aller Art - nicht nur Aktionäre, sondern auch Inhaber von Genussscheinen - verlieren mehr oder weniger große Teile ihres Vermögens.

Die Schieflage der bundeseigenen IKB Deutsche Industriebank AG ist ein Paradebeispiel für den verantwortungslosen Umgang mit Steuergeldern.

Zu Hause war die IKB der solide Mittelstandsfinanzierer, tatsächlich spekulierte das Institut wie kein anderes in Deutschland auf den internationalen Finanzmärkten. Langfristige Engagements, insbesondere im US-Immobilienmarkt, wurden kurzfristig refinanziert. Lange Zeit war dies ein gutes Geschäft: Die Bankenaufsicht musste



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

man nicht fürchten, da die Geschäfte in Amerika über eine Briefkastenfirma abgewickelt wurden. Gleichzeitig wurde auch noch teures Eigenkapital gespart. So konnte man geruhsam das große Rad drehen. Das Finanzministerium saß mit im Aufsichtsrat und sah zu. Mit der US-Immobilienkrise brach schließlich das Kartenhaus zusammen. Der Dumme ist - einmal mehr - der Steuerzahler.

Mit mindestens 10 Milliarden Euro haben der Bund und seine Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) die klamme Düsseldorfer IKB gestützt und nunmehr für rund 150 Millionen Euro an den US-Finanzinvestor Lone Star verkauft. Der Kaufpreis wurde gleichzeitig mit einem Darlehen der KfW finanziert. Was für ein Wahnsinn!

Doch was sind schon 10.000.000.000 Euro?

Da Milliardenbeträge sehr abstrakt wirken, lassen Sie mich konkrete Beispiele nennen:

- 10 Milliarden Euro entsprechen 1,3 Mehrwertsteuerpunkten.
- 10 Milliarden Euro entsprechen dem Gesamtetat des Bundesministeriums für Bildung und Forschung.
- 10 Milliarden Euro entsprechen der Summe der durchschnittlichen Nettojahreseinkommen von 300.000 Familien.
- 10 Milliarden Euro mehr in der Kasse und Finanzminister Peer Steinbrück könnte für den jetzt anstehenden Haushalt 2009 auf eine Nettoneuverschuldung verzichten.

Die Aufarbeitung von persönlicher Verantwortung steht auf Seiten der Bundesregierung noch aus. Wer Steuergelder in Milliardenhöhe verzockt nur um einmal am Tisch der Großen mitspielen zu können, muss dafür auch geradestehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Wilhelm Röpke hat die Blasphemie der Eigensucht des Staates meiner Auffassung nach treffend mit folgendem Zitat auf den Punkt gebracht:



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

"Man nimmt der privaten Wirtschaft und dem Kapitalmarkt durch Steuern die Mittel für Investierung, um sie für öffentliche Investitionen zu verwenden, deren Dringlichkeit und Wirtschaftlichkeit der Kontrolle des Marktes entzogen wird."

Wir stehen in unserem Land in den nächsten Jahren vor grundlegenden Weichenstellungen. Es wird sich nach der nächsten Bundestagswahl zeigen, wer den Mut in der Politik besitzt, Reformen anzupacken oder wer sie anpacken darf.

Wofür lohnt es sich in diesem Land zu streiten? Welche Schritte sind notwendig? Gelingt es, gesellschaftliche Mehrheiten für das Prinzip Freiheit zu gewinnen oder verliert die Freiheit gegen eine naive Staatsgläubigkeit, die selbst fundamentale Bürgerrechte in Frage stellt?

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
das Prinzip Freiheit als Kompass unserer Politik ist nicht teilbar. So wie es im Wiesbadener Programm der FDP beschrieben ist:
"Freiheit ist Vielfalt. Vielfalt in der Marktwirtschaft heißt Wettbewerb, Vielfalt in der Gesellschaft heißt Toleranz."

Wenn die linken Parteien glauben, uns als Neoliberale diffamieren zu können, dann antworten wir: Die Väter unserer marktwirtschaftlichen Orientierung, Männer wie Ludwig Erhard, Walter Eucken und Friedrich von Hayek waren stolz darauf, Neoliberale zu sein. Und wir sind es auch. Denn der Neoliberalismus steht gerade für eine moderne Wettbewerbsordnung.

Deshalb hat Otto Graf Lambsdorff Recht, wenn er kürzlich in einem Interview gesagt hat: *"Ja, wir Freien Demokraten sind die Neoliberalen."* Denn wir stehen für eine Ordnung der Freiheit die unserem Land den größten Wohlstand seiner Geschichte gebracht hat.



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Und genauso entschieden werden wir unsere Privat-vor-Staat-Politik fortsetzen. Und wenn manche meinen, mit Privat vor Staat müsse doch jetzt langsam Schluss sein, dann lautet unsere Antwort: Die Privatisierung von Staatsbeteiligungen muss jetzt erst richtig losgehen!

Denn wir haben jahrelang vor dem gewarnt, was nun in dieser Art bei der IKB und anderen staatlichen Institutionen dann auch passiert ist. Wir haben immer gewarnt, dass eine Großbank im Staatsbesitz nichts anderes als Großrisiken für die Steuerzahler bedeutet. Aber umso mehr gilt: Neue Risiken für die Steuerzahler kommen nicht in Frage. Um das sicherzustellen, gibt es nur einen Weg, der Staat muss sich zurückziehen, Landesbanken und Sparkassen müssen so schnell wie möglich privatisiert werden.

Was wollen wir? Wohin soll die Reise gehen?

I. Mut beim Umbau der Sozialsysteme

Ich bin der Auffassung, dass die Ablösung von Zwangsversicherungen zügig vorangetrieben werden muss. Wir müssen den Mut zeigen, uns neu zu orientieren. Der Weg muss weggehen von einer Umlagefinanzierung in den Sozialsystemen hin zu einer privaten Selbstabsicherung. Nur so können wir Problemen des demographischen Wandels begegnen. Hierfür ist eine Mindestabsicherung notwendig, die nur die Menschen in eine Versicherung ihrer Wahl zwingt, die nicht selbst über ausreichendes Vermögen verfügen.

II. Mut im Steuerwesen

In Deutschland existieren 120 Steuergesetze mit 400 Ausnahmen und 87 Rechtsverordnungen, 5000 Schreiben des Bundesfinanzministeriums und 96.000 Verwaltungsvorschriften. Im vergangenen Jahr wurde das Einkommensteuerrecht 12 Mal geändert. Jeden Monat ein neues Steuergesetz. Das ist die Bilanz des Steuerwahnsinns in diesem Land.



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Da mag man sich an Hoffmann von Fallersleben erinnern, der treffend gefragt hat:
"Oh, sage mir, wie heißt das Tier, das vieles kann vertragen, das wohl den größten Rachen hat und auch den größten Magen? Es heißt Haifisch auf dem Meer und Fiskus auf dem Lande."

Gegen diesen staatlichen Wahnsinn müssen wir ankämpfen!

Der Steuerstaat muss sich dieser Wirtschaftsordnung unterwerfen. Nur wenn der Steuerstaat dem Bürger wieder mehr Netto lässt, kann auch Otto-Normal-Verbraucher für seine Altersvorsorge, für die Kinderausbildung, für das Pflegerisiko und die eigene Immobilie ausreichend vorsorgen. Es ist doch ein gesellschaftspolitischer Skandal, dass ein Normalverdiener in dieser Gesellschaft es nicht schafft, ausreichend für das eigene Pflegerisiko vorzusorgen, sondern dieses Risiko am Lebensende sozialisiert wird. Nur wenn der Steuerstaat den "Frühaufstehern" wieder mehr Netto lässt, haben diese die größtmögliche Freiheit bei der Gestaltung ihrer wirtschaftlichen Verhältnisse. Denn mehr Netto für alle ist daher Grundvoraussetzung für Leistungsbereitschaft und damit Fortschritt in Deutschland.

Wer heute spart und für seine Zukunft vorsorgt, wird steuerlich diskriminiert. Erst muss er aus versteuertem Einkommen sparen, dann atomisiert der Steuerstaat den Sparerfreibetrag und die Erträge müssen dann jedes Jahr erneut versteuert werden. Bei langfristigen Sparvorgängen kumulieren sich die Steuern weit über den derzeitigen Spitzensteuersatz hinaus.

Die Geldpolitik des Staates tut ihr übriges. Seit der Einführung des Euros im Jahr 2001 hat die Geldmenge jährlich um 10 Prozent zugelegt. Das halte ich für unverantwortlich. Diesen Inflationsdruck spüren wir tagtäglich. Inflation ist das süße Gift des Staates, um seine verfehlte Politik zu finanzieren.

Wer in diesem Land spart, ist deshalb der Dumme.



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Der Liberale John Stuart Mill hat bereits im 18. Jahrhundert das bis heute etablierte Steuersystem kritisiert. Er brachte es in seinen "Principles of Political Economy" wie folgt auf den Punkt:

"Denn was gespart und fest angelegt wird, zahlt künftig Einkommensteuer von den Zinsen oder Gewinnen, die es bringt, trotzdem dass es bereits als Kapital besteuert worden ist. Wenn daher Ersparnisse von der Einkommensteuer nicht ausgenommen werden, werden die Steuerzahler von dem, was sie sparen, doppelt, und dagegen nur einmal von dem was sie ausgeben, besteuert. Der so zum Nachteile der Vorsorglichkeit und der Wirtschaftlichkeit geschaffene Unterschied ist nicht nur unpolitisch, sondern auch ungerecht."

Deshalb plädiere ich für ein lebenszeitlich orientiertes Steuersystem an dessen Ende eine echte flat tax steht. Doch das kann nur realisiert werden, wenn der Ausgabenstaat radikal beschränkt wird.

III. Mut in der Subventionspolitik

Wir brauchen deshalb eine Überprüfung der Subventionspolitik. Der Staat gibt offiziell an, 57 Milliarden Euro jedes Jahr an Subventionen zu verteilen. Was für ein Wahnsinn. Hier kann nur ein Rasenmäher helfen.

IV. Mut in der Lohnpolitik

Im März vorigen Jahres beschloss die Regierungsmehrheit im Bundestag durch die Ausweitung des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes die Einführung von Mindestlöhnen für 10 Branchen.

Die Einführung von Mindestlöhnen ist von politischem Kalkül bestimmt und nicht von nachvollziehbaren sachlichen Argumenten: Mindestlöhne schaffen eben keine Arbeitsplätze und bekämpfen nicht die Armut - im Gegenteil! Liegt der definierte Mindestlohn unter den marktgerechten Löhnen, bleibt er wirkungslos. Liegt er aber höher, so vernichtet er Arbeitsplätze. Die Einführung von Mindestlöhnen ist also ein



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Beschäftigungsverhinderungsprogramm und fördert Arbeitslosigkeit und Armut.

Mindestlöhne stellen einen Eingriff in die Tarifautonomie dar und sind ordnungspolitischer Unsinn: Durch die Einführung eines Mindestlohns wurde de facto das Monopol der Deutschen Post bei der Briefzustellung verlängert. Kleine und mittelständische Wettbewerber, die sich in den letzten Jahren etablieren konnten, wurden so vom Markt verdrängt und neue von einem Markteintritt abgehalten. Dieser staatsdirigistische Eingriff führt zu Verzerrungen in einem gerade erst beginnenden Wettbewerb.

Wir wissen: Der Mindestlohn ist ein Irrweg. Wir müssen die Menschen in diesem Land wieder motivieren, die Zügel ihres Lebens in die eigenen Hände zu nehmen.

V. Mut zur Entlastung

Es muss eine spürbare Entlastung für Arbeitnehmer, Familien und den Mittelstand eintreten. Mit der Unternehmensteuerreform der großen Koalition wurde der Focus ausschließlich auf die eigenkapitalstarken Kapitalgesellschaften gelegt und gleichzeitig wurden die sozialen Wohltaten (Hartz IV + 6 Milliarden Euro) für die Nicht-Steuerzahler ausgeweitet. Die vergessene Mitte wird im Stich gelassen.

Diese Leistungsträger, die Krankenschwester, der Facharbeiter und der Handwerksmeister müssen die Zielgruppen dieser Reform werden. Es muss daher eine wirksame Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit einer Steuersenkungspolitik einhergehen.

Viel Zeit ist leider verlorengegangen. Zwischen 2005 und 2009 wird der Bund allein 100 Milliarden Euro mehr an Steuern einnehmen. Dennoch hat es Peer Steinbrück nicht geschafft, die Neuverschuldung bereits in diesem Jahr auf Null zurückzufahren. Das Wappentier dieser Bundesregierung ist eben doch eine Schnecke.



Frank Schäffler
Mitglied des Deutschen Bundestages

Die Staatsschulden werden am Ende des Jahres 2008 die Höhe von rund 1.517 Milliarden Euro erreicht haben. Zur Veranschaulichung dieser Zahl kann folgendes Beispiel dienen:

Würden ab sofort keine Schulden mehr aufgenommen und würde die öffentliche Hand gesetzlich verpflichtet, jeden Monat eine Milliarde Euro an Schulden zu tilgen, so würde dieser Prozess rund 125 Jahre lang andauern müssen, um den Schuldenberg vollständig abzutragen.

Allein die mittelfristige Finanzplanung des Bundes sieht Privatisierungserlöse von über 30 Milliarden Euro vor. Darüber hinaus verteilt dieser Staat alljährlich Subventionen in der Größenordnung von 57 Milliarden Euro. Diese Potentiale müssen für die Finanzierung einer umfassenden Steuerreform genutzt werden und mit einem Neuverschuldungsverbot im Grundgesetz verknüpft werden.

Dieses Signal eines bescheidenen Staates würde die notwendige Glaubwürdigkeit schaffen, damit der Steuerbürger wieder dauerhaft Vertrauen in die Steuerpolitik in Deutschland gewinnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

mir ist klar dass sich seit Jahren ein Wertewandel vollzogen hat, der versucht, die Freiheit und Verantwortungsbereitschaft des Einzelnen für die Solidargemeinschaft zurückzudrängen. Eine ausufernde Anspruchsmentalität an den Staat und die sozialen Sicherungssysteme hat sich breitgemacht, und versucht verstärkt seine Kräfte zu bündeln.

Parallel dazu ist die höchste Verschuldung des Bundes, der Länder und der Kommunen angehäuft worden. Sodass jeder erwerbstätige Bürger heute Steuern und Sozialabgaben in Höhe von mehr als 50 % seines Einkommens zahlt.

Wir müssen das ändern. Wir wollen eine Alternative bieten, uns aus dieser Falle von immer höheren Steuern, Abgaben und Gebühren sowie steigender staatlicher



Frank Schäffler

Mitglied des Deutschen Bundestages

Verteilungsmentalität, Staatsfürsorge und Bevormundung zu befreien. Die selbstverantwortliche Gestaltung unseres Lebens mit mehr Verantwortung und mehr Freiheit für den aktiven und mündigen Bürger ist unser Ziel.

Den Mut, das Selbstbewusstsein der Menschen zu stärken, sind wir in der Politik den Bürgern dieses Landes schuldig. Wir wollen eben nicht, dass diese Republik nach links rutscht. Wir müssen den Mut haben, kritisch standfest zu bleiben und uns einzumischen. Nur so kann Freiheit durch Demokratie seine Entfaltung bewirken! Lassen Sie uns diesen Mut gemeinsam beweisen und für die Freiheit kämpfen.

Um mit Ludwig Erhard zu schließen: *"Das mir vorschwebende Ideal"*, so erläuterte Erhard 1958, *"beruht auf der Stärke, dass der Einzelne sagen kann: Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal verantwortlich sein. Sorge Du Staat dafür, dass ich dazu in der Lage bin"*.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.